Anlage 4

Haushaltsrede

des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Kreistagsfraktion
Wolfgang Schilken

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

heute halte ich meine 1. Rede hier im Kreistag und das sowohl in meiner Funktion als finanzpolischer Sprecher als auch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender unserer jetzt auf 5 Mitglieder angewachsener FDP-Fraktion.

Unseren Fraktionsvorsitzenden, Sigurd Senkel, darf ich heute vertreten und gleichzeitig urlaubsbedingt auch entschuldigen.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

beim Studium des Kreishaushaltes habe ich als Neuling hier im Kreistag sehr schnell gelernt, wie man die Einnahmen des Kreises erhöhen kann.

Man hebt die Kreisumlage um satte 8% an, sucht sich dazu eine plausible Begründung (Hartz IV) und drückt sie den Gemeinden aufs Auge.

Die Gemeinden könnten genauso verfahren. Sie brauchten nur die Grundsteuer und die Gewerbesteuer zu erhöhen und wären auch aus dem Schneider.

Das ganze hat aber nur mindestens einen Haken:

Bei der Grund- und Gewerbesteuer trifft die Gemeinde die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, und von denen will man ja in 5 Jahren wiedergewählt werden.

Bei der Erhöhung der Kreisumlage oder noch mehr bei der Landschaftsverbandumlage und noch viel mehr bei der Kürzung der Schlüsselzuweisungen durch die rot/grüne Landesregierung ist das anders.
Da trifft man die Menschen nicht unmittelbar. Und von daher scheint es viel leichter zu sein, diese Umlagen zu erhöhen oder die Schlüsselzuweisungen des Landes ohne wirklich große öffentliche Aufmerksamkeit zu senken.

Mit der Kürzung der Schlüsselzuweisungen hat uns z.B. die rot/grüne Landesregierung auf den Stand von 1996 zurückkatapultiert. Der Kreis erhält allein 4 Millionen Euro oder fast 15 % weniger Schlüsselzuweisungen als im letzten Jahr vom Land.

Darüber hinaus versucht Rot/Grün in Bund und Land, ihre eigenen Finanzprobleme zu Lasten der Kommunen zu sanieren. Insbesondere unsere rot/grüne Landesregierung bürdet den Gemeinden ständig neue Aufgaben und Verpflichtungen auf, ohne ihnen die notwendigen Ausgleichzahlungen zukommen zu lassen.

Aber zurück zur Kreisumlage. Wir haben uns zunächst einmal die Aufteilung der Kreisumlage auf die Gemeinden näher angesehen und dabei festgestellt, das die Gemeinden mit einer höheren Arbeitslosigkeit weniger und die mit einer niedrigeren Arbeitslosigkeit, in absoluten Zahlen gesehen, mehr belastet werden.

Es gilt das Motto: Dem Schwachen muss geholfen werden, der vermeintlich Stärkere muss helfen.

Dieser Grundsatz ist auch grundsätzlich richtig. Aber ist er auch gerecht?

Müssen nicht auch die Anstrengungen der vermeintlich stärkeren Gemeinden zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gewürdigt werden?

Über eines sind wir uns hier sicherlich alle einig: Keiner Gemeinde im Kreis Unna geht es wirklich gut. Und die Gemeinden, denen es etwas besser geht als den anderen, haben in der Vergangenheit und auch jetzt noch mit Strukturproblemen zu kämpfen. Es sind oft die strukturellen Verkrustungen verschiedenster Art, verbunden mit immer noch fehlendem Reformwillen, die

rechtzeitig aufgebrochen werden müssen, aber nicht nach dem Motto:

„Wir brauchen dringend Reformen, aber ändern darf sich nichts."

Es muss sich nach wie vor einiges ändern. Vielleicht haben die jetzt besser dastehenden Gemeinden die Probleme bisher nur besser gemeistert und schon frühzeitig in die Zukunft investiert. Teils mit eigenem Geld, teils mit Zuschüssen des Landes, des Bundes oder der EU. Sie warten jetzt auf die Renditen ihrer Investitionen.

Als Paradebeispiel steht bei uns dafür im Kreis Unna die Gemeinde Bönen.

Sie ist vom letzten Platz der Rangliste in NRW und damit auch im Kreis auf den 2. Platz im Kreis aufgestiegen, wie uns der Kämmerer in seiner Rede zum Haushalt gesagt hat. Und das ist durch den ein oder anderen kreisinternen Umzug von Gewerbebetrieben auch zu Lasten der anderen Gemeinden im Kreis gegangen.

Herr Landrat,
meinen Damen und Herren,

ich will damit keineswegs die in diesem Fall gute aber auch erst durch die übergroße Not in Bönen zustande gekommene Strukturpolitik kritisieren. Es zeigt nur, dass wir den Gemeinden insgesamt mehr Geld in ihren Kassen lassen sollten und der Kreis sich ansonsten zurücknehmen muss, wo immer es geht. Es reicht einfach nicht aus, auf den lieben Onkel in Düsseldorf, Berlin oder Brüssel zu hoffen. Wenn Arbeitsplätze geschaffen werden können, dann sind es die Gemeinden, die dafür die Voraussetzungen schaffen müssen und das möglichst mit eigenem Geld. Wir müssen künftig nicht mehr so sehr die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, sondern die Ursachen dafür bekämpfen. Und das heißt, frühzeitige kreisweite Wirtschaftsförderung und rechtzeitiges Abschiednehmen von Strukturen, die bei uns langfristig keine Zukunft haben.

Die Auswirkungen von Hartz IV, auf den Kreis Unna bezogen, waren ein erster Schritt in die richtige Richtung. In diesem Zusammenhang kritisieren wir die Aufteilung der Mittel, die durch Hartz IV unterm Strich übrig geblieben sind. Die FDP-Fraktion hätte sich hier einen gerechteren Aufteilungsschlüssel gewünscht. Dazu brauchen wir aber eine grundlegende Gemeindefinanzreform, um den drohenden Ruin der Kommunen zu verhindern. Solange es noch die unberechenbare Gewerbesteuer gibt und nicht andere verlässlichere Steuerbeteiligungen wie gemeindeeigener Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie eine wesentlich höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer an deren Stelle eingeführt werden, was die FDP schon viele Jahre fordert, werden alle Aufteilungsversuche Stückwerk bleiben. Da hilft auch eine Aufspaltung der Kreisumlage mit und ohne Hartz IV nicht viel weiter.

Der jetzt vorgesehene geringere Anstieg der Kreisumlage von 37 auf „nur noch" 43,5 % ist doch nicht aus eigenen Einsparbemühungen entstanden. Diese 1,5 % haben wir nur durch Verbesserungen bei Hartz IV und der geringeren aber immer noch mit 63 Millionen Euro viel zu hohen Landschaftsverbandumlage zu verdanken.

War das wirklich alles, was wir als Kreis tun können, um die Gemeinden zu entlasten?

Haben wir alle Einsparmöglichkeiten genutzt?

Wird jeder Arbeitsplatz in der Verwaltung auch wirklich benötigt?

Hat die bisher eingesetzte Informationstechnik die gewünschten personellen Erfolge gebracht?

Können wir uns noch alle freiwilligen Leistungen überhaupt leisten?

Oder müssen wir den Menschen im Kreis nicht sagen, dass wir einige freiwilligen Leistungen auf Dauer nicht mehr anbieten können.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

die bisher durchgeführte interne Aufgabenkritik reicht nicht mehr aus. Wir müssen uns einer externen Aufgabenkritik stellen. Wir müssen externe Berater hinzuziehen, die die gesamte Kreisverwaltung mit allen Organisationen und Institutionen von außen durchleuchtet einschließlich der Organisationen wie Frauenforum, Wildwasser, Kinderschutzbund, Kreisel oder Umweltzentrum Westfalen.

Aber genauso auch Schloss Cappenberg und Haus Opherdicke oder die Neue Philharmonie Westfalen oder andere Zuschüsse des Kreises an kulturelle Veranstaltungen in den kreisangehörigen Gemeinden und Städten wie Lichtkunst in Unna, Welttheater der Straße in Schwerte oder Hilperttheater in Lünen.

Genauso aber auch Zuschüsse im sozialen Bereich wie die Werkstatt in Unna oder Signal in Schwerte.

SPD und Grüne wollen mit Ihren Anträgen bestehende Förderungen immer nur erhöhen. Der Förderung von Kunstbestrebungen, dem Zuschuss für die Frauenberatungsstelle und der Verlängerung des Vertrages für die psychosoziale Betreuung stimmen wir ausdrücklich zu. Wir fordern aber auch, dass ein Betrag von 125.000 Euro für eine externe Untersuchung aller Organisationseinheiten des Kreises in den Haushalt eingestellt wird. Dieses Geld ist gut angelegt, denn wir werden sehen, dass wir diese Ausgabe unmittelbar mehrfach wieder reinholen werden.

Nach dem Vorliegen einer solchen Untersuchung durch Externe ist es dann wieder die Sache der Kreistagsmitglieder zu entscheiden, was wir wollen und uns auch leisten können. Dabei müssen wir natürlich darauf achten, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird. Wir wollen, dass all diese Einrichtungen ihre gute Arbeit fortsetzen können. Sie müssen allerdings auch die Chance nutzen, durch Straffung ihrer Verwaltung und anderer Maßnahmen effizienter zu wirtschaften.

Die FDP ist ganz klar der Meinung, dass den Gemeinden mehr Geld zur freien Verfügung gelassen werden sollte und das fordern wir auch von der rot/grünen Landesregierung für die Städte und Kreise. Welche Aufgaben dann vor Ort auf kulturellem, sozialen oder wirtschaftlichen Gebiet wahr genommen werden, ist Sache der Kommunen selbst. Helfen kann hier der Kreis durch mehr interkommunale Zusammenarbeit. Das ist es, was der Kreis immer wieder deutlich machen muss. Einheitliche Strukturen bereitstellen und die Gemeinden dezentral agieren lassen. Als Beispiel sei hier die Kraftfahrzeugzulassung genannt. Die Gemeinden müssen sich dann überlegen, ob sie bereit sind, die Mehrkosten für mehr Bürgernähe selbst zu tragen.

Nach der Verabschiedung dieses Haushaltes muss allen klar sein, dass alle freiwilligen Leistungen in diesem Jahr auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Alle Betroffenen sollten sich schon jetzt darauf einstellen, dass im nächsten Jahr die Zuschüsse des Kreises in vielen Bereichen entweder wegfallen, eingefroren oder reduziert werden müssen. Es darf im nächsten Jahr keiner sagen, die Verringerung des Leistungsangebotes des Kreises sei für ihn zu plötzlich gekommen und er habe keine Zeit gehabt sich rechtzeitig darauf einzustellen.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

damit komme ich zum Haushaltsicherungskonzept. Die Kreisumlage darf nicht auf 51 % abzüglich der jetzt eingeplanten 1,5 % Punkte, also 49,5 % im Jahr 2010 ansteigen. Mittel- und langfristig muss die Kreisumlage diese 49,5 % deutlich unterschreiten. Die FDP-Fraktion kündigt deshalb jetzt schon an, das wir künftigen Haushalten mit einem solchen Anstieg der Kreisumlage nicht mehr zustimmen werden. Die Absenkung der geplanten Kreisumlage muss entweder durch andere Einnahmeverbesserungen oder Reduzierungen von Verlusten des Kreises ausgeglichen werden.

Bei der Erhöhung der Einnahmen fällt uns als Erstes im Bereich der Abfallwirtschaft die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft VBU ein. Den Bereich der Abfallwirtschaft sollten wir der Privatwirtschaft überlassen und die Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft, GWA, die Gesellschaft für Transport und Logistik, GTL und die ABC Container GmbH verkaufen und uns auf die Kontrolle dieses Bereiches beschränken. Nach unserer Auffassung war und ist es ein Fehler 100 % am Stammkapital dieser Unternehmen zu halten. Zumindest über eine Teilveräußerung sollte wieder nachgedacht werden.

Als zweite Einnahmeverbesserung sieht die FDP-Fraktion unseren Anteil an der RWE mit nur 0,08 % aber einem Wert von 15 bis 20 Millionen Euro. Einfluss nehmen können wir mit unserer Beteiligung nicht. Es bringt zwar eine jährliche Einnahme von ca. einer halben Million Euro, wenn das Geld aber an allen Ecken und Kanten fehlt, muss sich auch der Kreis von seinem Aktienvermögen trennen. Das wird schließlich auch von den Arbeitslosengeld-II-Empfägern verlangt, wenn sie denn Aktienvermögen besitzen.

Bei der Reduzierung von Verlusten sieht die FDP-Fraktion vor allen anderen die Verkehrsgesellschaft VKU. Hier muss das Gutachten zur Wirtschaftlichkeit der VKU vom Februar 2003 endlich umgesetzt und ein Privater mit ins Boot genommen werden. Die besten Gutachten taugen jedoch nichts, wenn sie nicht zügig und konsequent umgesetzt werden. Die Verluste der VKU auf unseren Haushalt müssen begrenzt werden und mittelfristig zurück gehen. Die Bildung einer neuen Gesellschaft, um damit gegenüber den privaten Anbietern konkurrenzfähiger zu sein, reicht dazu nicht aus.

Zuletzt möchte ich noch auf das PPP-Modell zur Kreishaussanierung zu sprechen kommen. Dieses Modell scheint der FDP-Fraktion im Moment die einzige Möglichkeit für Kommunen und Kreise zu sein, überhaupt noch Investitionen vornehmen zu können.

Praktikable Lösungen und kreative Ideen braucht es, um auch in schwierigen Zeiten erfolgreich zu sein. Lassen Sie uns immer wieder über den Tellerrand hinausblicken, neuen Ideen eine Chance geben. Auch wenn sie im ersten Moment unkonventionell daher kommen, denn Fortschritt musste in den meisten Fällen erst durchgesetzt werden, um als solcher erkannt zu werden.

In diesem Zusammenhang bedauern wir Liberale, dass sich die Grünen bisher an der Baukommission nicht aktiv beteiligt haben. Aber das ist wohl typisch für Sie. Dem Fortschritt können sie selten etwas Gutes abgewinnen. Ohne Fortschritt gibt es aber auch keine Zukunft.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

trotz dieser vielen Bedenken und Anregungen, die die FDP-Fraktion hier aufgezeigt hat, stimmen wir der jetzt vorliegenden Sitzungsvorlage zum Haushalt, dem Investitionshaushalt 2004 bis 2008 und dem Haushaltsicherungskonzept noch einmal zu. Allerdings mit der Maßgabe, dass wir die darin enthaltenen Maßnahmen kritisch begleiten werden.

Wir, von der FDP-Fraktion, bedanken uns bei Ihnen Herr Landrat und ihrem Verwaltungsvorstand für die gute Zusammenarbeit.
Unser Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises und unserer kreiseigenen Einrichtungen, den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die bisherige Zusammenarbeit, der Presse für die objektive Berichterstattung und den Menschen im Kreis Unna für ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.